



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2020

---

## **Wissen, was funktioniert: die Nutzung von Politikevaluationen in den Schweizer Parlamenten**

Eberli, Daniela

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-188447>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Eberli, Daniela (2020). Wissen, was funktioniert: die Nutzung von Politikevaluationen in den Schweizer Parlamenten. *Parlament: Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen*, 23(1):33-40.



# Wissen, was funktioniert: Die Nutzung von Politikevaluationen in den Schweizer Parlamenten<sup>1</sup>

Daniela Eberli

Dozentin an der Universität Zürich und Politikstipendiatin bei den Parlamentsdiensten der Bundesversammlung

## 1. Einleitung

### 1.1 Politikevaluationen im Dienst des modernen Gesetzgebers

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Frage, inwiefern Parlamentsmitglieder wissenschaftlich basierte Informationen aus Politikevaluationen für ihre gesetzgeberischen Tätigkeiten verwenden. Politikevaluationen liefern relevante Informationen für Parlamentsmitglieder. Basierend auf wissenschaftlichen Methoden, werden in Politikevaluationen die Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit oder Zweckdienlichkeit eines Gesetzes, einer Massnahme oder etwa eines Programms geprüft (Widmer und De Rocchi 2012). Parlamentsmitglieder können Politikevaluationen folglich einsetzen, wenn sie Massnahmen beraten oder über die dafür zu verwendenden Mittel entscheiden. Ebenso können sie mittels Politikevaluationen kontrollieren, wie die von ihnen beschlossenen Massnahmen durch die Exekutive umgesetzt werden. Politikevaluationen sind nicht nur ein nützliches Instrument für Parlamentsmitglieder, sondern es kann durchaus gefordert werden, dass Politikevaluationen effektiv in das parlamentarische Handeln einfließen sollen.

Seit den 1980er- und 1990er-Jahren werben Verfechterinnen und Verfechter des New Public Management (NPM) und der evidenzbasierten Politikgestaltung für eine wirkungsorientierte Steuerung der Politik. *What counts is what works* – was zählt, ist was funktioniert – lautet der Leitsatz der evidenzbasierten Politikgestaltung. Die Politik soll sich also massgeblich nach der wissenschaftlichen Evidenz statt nach Ideologien oder Interessen richten (Widmer und De Rocchi 2012). Auch in der heutigen Informationsgesellschaft bleiben solche Forderungen aktuell. Obschon solche Forderungen nach evidenzbasierter Politik als technokratisch ausgelegt werden können, lassen sie sich demokratiethoretisch begründen. Staatliches Handeln wird nicht nur legitimiert durch demokratische Wahlen (Input-Legitimität). Gerade angesichts der diversen, an Politik beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf verschiedenen Ebenen wird staatliches Handeln auch legitimiert durch dessen Leistung für das Gemeinwohl (Output-Legitimität, vgl. Scharpf 2000). Indem Politikevaluationen Informationen über diese Leistung beinhalten, kann ihre Verwendung zur Stärkung dieser Output-Legitimität beitragen (Widmer 2009).

In der Schweiz ist die Politikevaluation weit verbreitet. Sie ist mit einer eigenen Fachgesellschaft und deren Standards, entsprechenden Einheiten bei der Bundesverwaltung sowie gesetzlichen Regelungen institutionell verankert. Politikevaluationen werden in diversen Politikfeldern in Auftrag gegeben, auch in der vorrangig kantonalen Domäne der Bildungspolitik (Widmer und De Rocchi 2012). In den

<sup>1</sup> Die diesem Artikel zugrundeliegende Doktorarbeit wurde von der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen anlässlich ihrer Jahresversammlung vom 7. September 2019 mit einem Preis ausgezeichnet.

Schweizer Parlamenten ist die Politikevaluation ebenso etabliert. Artikel 170 der Bundesverfassung besagt, dass die Bundesversammlung für die Überprüfung der Massnahmen auf deren Wirksamkeit sorgt. Weiter verfügt die Bundesversammlung mit der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle des Bundes über einen eigenen Evaluationsdienst (Bättig und Schwab 2015). Die Parlamentsmitglieder regen zudem zur Produktion von Politikevaluationen an, indem sie Evaluationsklauseln in Gesetzen verankern oder mittels parlamentarischer Vorstösse Berichte fordern (Eberli und Bundi 2017; Wirths et al. 2017). Über die Rolle der Politikevaluation in den Kantonsparlamenten ist schliesslich wenig bekannt, wenn auch die Wirksamkeit staatlichen Handelns in Gesetzen verankert ist und NPM-Reformen durchgeführt wurden (Wirths et al. 2017).

## 1.2 Aufbau und Hintergrund des vorliegenden Beitrags

Nach diesen einleitenden Bemerkungen befasst sich der folgende Abschnitt mit der Frage, inwiefern Schweizer Parlamentsmitglieder Politikevaluationen nutzen. Danach werden Einflussfaktoren dieser Nutzung erläutert. Abschliessend wird diskutiert, was die präsentierten Ergebnisse über den Stand der Politikevaluation in den Schweizer Parlamenten aussagen. Der vorliegende Beitrag präsentiert die wesentlichen Ergebnisse einer Doktorarbeit über die Nutzung von Politikevaluationen in den Schweizer Parlamenten. Die Ergebnisse basieren einerseits auf Daten aus einer Online-Befragung von Mitgliedern der Bundesversammlung und der kantonalen Parlamente. Die Befragung wurde 2014 durchgeführt, 1'570 oder 55.3% der angefragten Parlamentsmitglieder beteiligten sich daran.<sup>2</sup> Analysiert wurden die Daten

mittels statistischer Modelle, welche die kantonalen Unterschiede berücksichtigen. Andererseits stützen sich die Ergebnisse auf Fallstudien von je vier Gesetzgebungsprozessen aus den Jahren 2009 bis 2012 in den Parlamenten der Kantone Bern und Zürich. Grundlage für die Fallstudien bilden Dokumente der Verwaltung und der Parlamente, namentlich die Protokolle aus den Kommissions- und Ratssitzungen, sowie 27 Interviews mit Kommissionsmitgliedern und Angehörigen der Verwaltung. Die Arbeit und das daraus resultierende Buch (Eberli 2019) wurden vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützt. Wo nichts anderes vermerkt ist, basieren die Ausführungen darauf.

## 2. Zu welchen Zwecken nutzen Parlamentsmitglieder Politikevaluationen?

Konzeptionell wird im vorliegenden Beitrag grundsätzlich zwischen der analytischen und der politischen Nutzung unterschieden. Parlamentsmitglieder verwenden Politikevaluationen *analytisch*, um sich zu informieren oder Entscheide zu treffen. Sie sind dabei offen für die Evaluationsergebnisse und bereit, ihre Position zu ändern. Diese grundlegende Bedingung fehlt bei der politischen Nutzung: Parlamentsmitglieder nutzen Politikevaluationen *politisch*, um ihre Position zu stärken. Sie können dabei Politikevaluationen zur Begründung ihrer Position oder zur Überzeugung anderer verwenden. Weiter können sie Politikevaluationen als taktisches Mittel einsetzen, indem sie diese in Auftrag geben, um Entscheide zu verzögern. Parlamentsmitglieder müssen Politikevaluationen nicht zwingend lesen, sondern können etwa in Anhörungen davon erfahren. Zumal

---

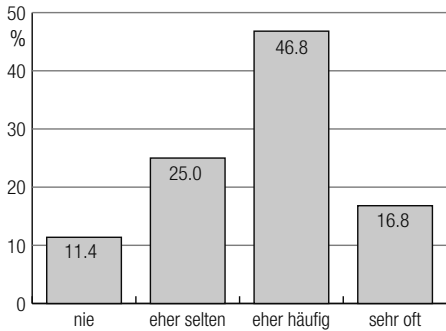
subprojekt4/befragung. Für die hier präsentierten Analysen wurden Parlamentsmitglieder der kleineren Parteien sowie des Kantons Appenzell-Innerrhoden ausgeschlossen, sodass die Stichprobe 1'191 Befragte umfasst.

---

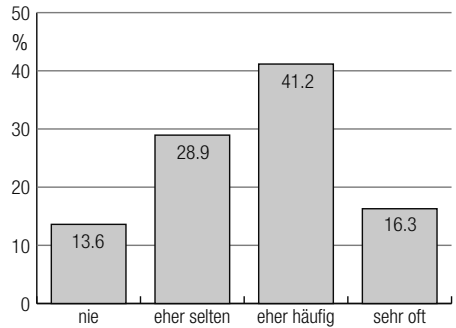
<sup>2</sup> Für einen detaillierten Ergebnisbericht der Befragung sowie einen Bericht über das Vorgehen siehe: <http://syneval.ch/index.php/de/forschung/>

Analytische Nutzung

Instrumentell: Entscheide zu konkreten Sachfragen treffen (N = 1160)

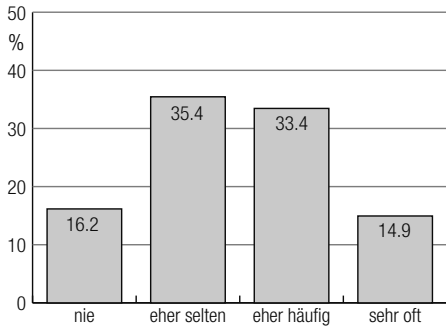


Konzeptionell: ein politisches Thema besser verstehen (N = 1154)



Politische Nutzung

Legitimierend: einen bereits getroffenen Entscheid begründen (N = 1151)



Persuasiv: andere von der eigenen Haltung überzeugen (N = 1141)

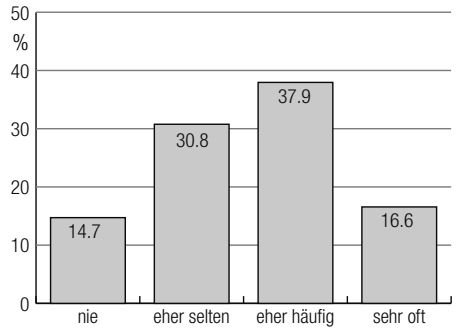


Abbildung 1: Häufigkeit der Nutzung von Politikevaluationen nach Verwendungszweck. Quelle: Eberli (2019: 80)

Parlamentsmitglieder auch ideologisch- oder interessenbasierte Positionen vertreten, wird erwartet, dass sie Politikevaluationen generell eher selten und wenn, dann häufiger politisch als analytisch verwenden.

Wie Abbildung 1 zeigt, verwenden die Schweizer Parlamentsmitglieder Politikevaluationen gemäss der Online-Befragung relativ häufig analytisch und politisch für ihre gesetzgeberischen Arbeiten. Nur gut eines von zehn befragten Parlaments-

mitgliedern nutzt Politikevaluationen nie zu einem der genannten Zwecke. Vergleichsweise am häufigsten verwenden die befragten Parlamentsmitglieder Politikevaluationen, um Entscheide zu konkreten Sachfragen zu treffen. Vergleichsweise am seltensten – wenn auch immer noch relativ häufig – begründen die befragten Parlamentsmitglieder einen bereits getroffenen Entscheid mittels Politikevaluationen. Folglich nutzen die befragten Parlamentsmitglieder Politikevaluationen häufiger

analytisch als politisch. Dies widerspricht der zuvor ausgeführten Annahme, dass Parlamentsmitglieder Politikevaluationen, wenn überhaupt, vor allem als politisches Mittel verwenden. Es stellt sich also die Frage, ob die befragten Parlamentsmitglieder die Verwendung von Politikevaluationen als sozial erwünscht ansahen oder sie ihr Verhalten rationalisierten. Schliesslich offenbaren die Befragungsdaten kaum Unterschiede zwischen der Häufigkeit der Nutzung in den einzelnen Parlamenten und zwischen der Nutzung für die Gesetzgebung, Aufsicht oder Budgetentscheide.

Die Fallstudien scheinen das nutzungs-freudige Bild aus der Befragung zu relativieren. Die Interviews mit den Parlamentsmitgliedern lassen in drei der acht untersuchten Gesetzgebungsprozesse auf (eher) häufige analytische Nutzung schliessen. In diesen Fällen setzte sich die Mehrheit oder alle der befragten Kommissionsmitglieder differenziert mit Politikevaluationen auseinander. Die Analyse der Protokolle zeigt, dass die Parlamentsmitglieder in der Hälfte der acht untersuchten Gesetzgebungsprozesse mehrfach auf Politikevaluationen in den Kommissions- und Ratssitzungen verwiesen und Politikevaluationen kritisierten oder forderten. Auch wenn Interviews und Protokolle unterschiedliche Grundlagen darstellen, lässt sich häufiger politische als analytische Nutzung feststellen. Generell gehen die analytische und politische Nutzung miteinander einher. Sie sind besonders ausgeprägt bei der Einführung der Grund- bzw. Basisstufe sowie eines Steuersystems für energieeffiziente Fahrzeuge (vgl. Abbildung 2). Seltener lässt sich die Verwendung von Politikevaluationen bei der Beratung der Schulsozialarbeit (SSA) beobachten, vereinzelt bei der Diskussion über die verbrauchsabhängige Heizkosten- und Warmwasserabrechnung (VHKA).

### 3. Was beeinflusst die Nutzung von Politikevaluationen im Parlament?

#### 3.1 Politikevaluationen als Instrument der Wahl für Unerfahrene und Professionalisierte

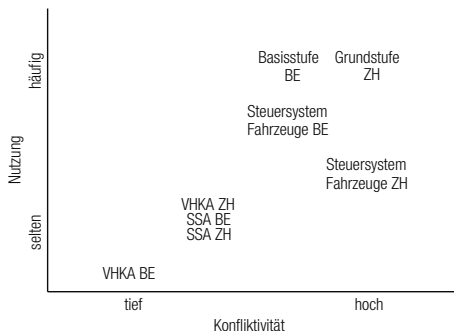
Die Analysen der Befragungsdaten weisen klar darauf hin, dass ein Parlamentsmitglied Politikevaluationen umso seltener analytisch und politisch verwendet, je mehr Erfahrung er oder sie hat. Parlamentsmitglieder, die ganz neu in der Legislative Einsitz nehmen, verwenden Politikevaluationen etwa *eher häufig* zur Begründung von Entscheiden. Nach einer Legislatur von vier Jahren verwenden sie Politikevaluationen noch *eher selten* dafür.<sup>3</sup> Der festgestellte negative Zusammenhang entspricht den Erwartungen. Einerseits sollten erfahrene Parlamentsmitglieder Politikevaluationen seltener analytisch verwenden, da sie sich bereits Expertise aneignen konnten. Ausserdem haben sie möglicherweise einfacher Zugang zu informelleren Informationskanälen. Andererseits sollten erfahrenere Parlamentsmitglieder aufgrund ihrer gefestigten Stellung weniger Bedarf haben, ihren Positionen mittels Politikevaluationen Schlagkraft zu verleihen.

Im Gegensatz zur Erfahrung hängt die individuelle Professionalisierung positiv mit der Nutzung zusammen: Je mehr Zeit Parlamentsmitglieder in ihr Mandat investieren, desto häufiger verwenden sie Politikevaluationen analytisch und politisch.<sup>4</sup> Wendet ein Parlamentsmitglied 66.6 Prozent eines Vollzeitpensums für das Mandat auf, nutzt es Politikevaluationen deutlich häufiger, um ein besseres Verständnis eines Themas zu gewinnen oder andere zu überzeugen als ein Parlamentsmitglied mit

<sup>3</sup> Gemäss einer Befragung zur Fluktuation in sieben Kantonsparlamenten beträgt die durchschnittliche Verweildauer 7.9 Jahre (Feh Widmer 2015: 95).

<sup>4</sup> Die Analysen zeigen, dass der positive Effekt der individuellen Professionalisierung ausgeprägter ist als der negative Effekt der Erfahrung.

## Analytische Nutzung



## Politische Nutzung

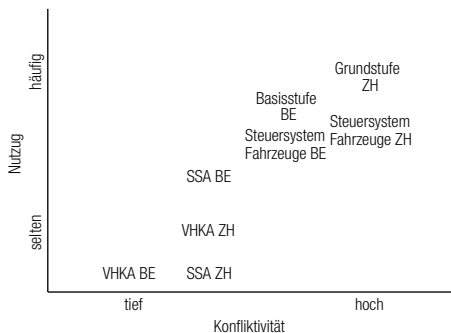


Abbildung 2: Häufigkeit der Nutzung nach Ausmass des Konfliktgrads. Quelle: Eberli (2019: 239)

einem 20-prozentigem Pensum. Während 20 Prozent etwa dem durchschnittlichen Zeitaufwand eines befragten kantonalen Parlamentsmitglieds entsprechen, liegt der durchschnittliche Zeitaufwand der befragten Mitglieder der Bundesversammlung circa bei 66.6 Prozent.<sup>5</sup> In der Literatur bezeichnet man zudem Parlamentsmitglieder mit einem Zeitaufwand von 66.6 Prozent oder mehr als Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker (Kerr 1981). Der festgestellte positive Zusammenhang zwischen der individuellen Professionalisierung und der Nutzung stimmt mit den Erwartungen überein. Parlamentsmitglieder, welche mehr Zeit für ihr Mandat aufwenden, sollten auch mehr Zeit für vertiefte Recherchen haben, was auch in ihre Reden einfließen sollte.

Bezüglich Parteizugehörigkeit bestehen nur vereinzelt systematische Differenzen in der Nutzung von Politikevaluationen. Parlamentsmitglieder der SP verwenden Politikevaluationen klar häufiger zur Überzeugung anderer als Parlamentsmitglieder

der CVP, FDP, SVP oder der Grünen. Weiter nutzen sie Politikevaluationen deutlich häufiger zur Begründung eines Entscheids als Parlamentsmitglieder der SVP. Da sich die SP-Parlamentsmitglieder aber auch von den grünen Parlamentsmitgliedern unterscheiden, nutzen linke Parlamentsmitglieder Politikevaluationen nicht generell häufiger politisch. Teilweise in Verbindung mit dem Effekt der SP verwenden Parlamentarierinnen Politikevaluationen häufiger zur Begründung eines Entscheids. Schliesslich kann kein Zusammenhang zwischen dem Bildungsgrad eines Parlamentsmitglieds und der Nutzung von Politikevaluationen festgestellt werden.

### 3.2 Politikevaluationen als politisches Mittel bei heissen Themen

Die Fallstudien weisen darauf hin, dass Parlamentsmitglieder Politikevaluationen umso häufiger nutzten, je umstrittener eine Massnahme ist (vgl. Abbildung 2). Dies gilt besonders für die politische Nutzung, wie die konfliktgeprägten Prozesse zur Grund- und Basisstufe sowie dem Steuersystem für energieeffiziente Fahrzeuge illustrieren. Bei der Grund- und Basisstufe ist gemäss einem befragten Kommissionsmitglied «wirklich ausgiebig über diese Evaluation

<sup>5</sup> Der Zeitaufwand für ein kantonales Parlamentsmandat variiert innerhalb und zwischen den Parlamenten (vgl. Bundi et al. 2017). Auf Bundesebene unterscheiden sich die Ergebnisse zum Zeitaufwand in verschiedenen Studien (Sciarini et al. 2017; Bütkofer 2014).

diskutiert worden. Man hat diese Berichte bekommen, man konnte alles lesen, man hat sich gegenseitig mit den Argumenten beworfen» (Eberli 2019: 240). Die Beobachtung eines positiven Zusammenhangs von Konfliktgrad und politischer Nutzung entspricht den Erwartungen. Wenn Entscheide umkämpft sind, sollten sich Parlamentsmitglieder auch mittels Politikevaluationen vehement dafür einsetzen, eine Mehrheit zu gewinnen. Über unbestrittene Themen dürfte hingegen kaum diskutiert werden, wie die Fallstudien zur Schulsozialarbeit sowie der VHKA aufzeigen. Auch die analytische Nutzung scheint durch ein gewisses Mass an Konflikt begünstigt. Für die zwei Gesetzgebungsprozesse mit dem höchsten Konfliktgrad, die beide im Kantonsrat Zürich stattfanden, sind die Beobachtungen aber divergierend, wenn auch auf plausible Weise. Einerseits dürften die Kommissionsmitglieder die Evaluation zur Grundstufe angesichts ihrer Bekanntheit häufig verwendet haben. Darüber hinaus ist es denkbar, dass sich Parlamentsmitglieder bei heissen Themen vertieft informieren, um für Diskussionen gerüstet zu sein. Andererseits dürften sich die Kommissionsmitglieder kaum mit Evaluationen des Steuersystems für energieeffiziente Fahrzeuge befasst haben, da Ziel der Revision der Verkehrsabgaben war, nach sechs gescheiterten Anläufen einen Konsens zu finden. Folglich waren in diesem klassischen Beispiel der schweizerischen Referendumsdemokratie interessenbasierte Gesichtspunkte zentral.

### **3.3 Vorparlamentarisches Verfahren wegweisend, die Organisation der Parlamente zweitrangig**

Die Beobachtungen aus den Fallstudien lassen den Schluss zu, dass die Rolle der Politikevaluation im vorparlamentarischen Verfahren wegweisend ist für die Nutzung im parlamentarischen Prozess. So lässt sich die relativ rege Verwendung von Politikevaluationen im ersten Teil des parla-

mentarischen Verfahrens zum Bonus-Malus-Steuersystem für Fahrzeuge im Kanton Bern mit der deutlichen Bezugnahme der Verwaltung auf Politikevaluationen erklären. Die Verwaltung kann nicht nur auf Politikevaluationen aufmerksam machen, sondern auch den Blickwinkel prägen, unter dem eine Frage diskutiert wird. Bei der Basis- und Grundstufe haben die Exekutiven beider Kantone etwa «mehr politisch argumentiert, also weniger mit der Politikevaluation» (Eberli 2019: 243). Generell schätzen die befragten Kommissionsmitglieder die Expertise der Verwaltung.

Dass die Parlamente der Kantone Zürich und Bern zum Zeitpunkt der untersuchten Gesetzgebungsprozesse über unterschiedliche Kommissionensysteme verfügten, beeinflusste die Nutzung von Politikevaluationen nicht. Wie Abbildung 2 illustriert, bestehen keine systematischen Differenzen zwischen der beobachteten Nutzung von Politikevaluationen im Kantonsrat Zürich mit einem ständigen Kommissionssystem und im Grossen Rat Bern mit Ad-hoc-Kommissionen. Dies widerspricht der Erwartung, dass Mitglieder von ständigen Kommissionen Politikevaluationen häufiger analytisch verwenden, da sie von der so gewonnenen Expertise auch für später diskutierte Geschäfte profitieren können. Übereinstimmend mit den Erwartungen weisen die Fallstudien hingegen generell auf die wesentliche Rolle der Kommissionen für die Nutzung von Politikevaluationen hin. In den Fällen mit einer relativ regen Verwendung befassten sich die Kommissionen ausführlich mit Politikevaluationen, etwa indem sie Fachpersonen zu Anhörungen einluden oder Berichte erhielten. Im Plenum verwiesen die Parlamentsmitglieder dann auch auf diese Arbeit in den Kommissionen.

### **3.4 Umfassende Projekte als präferierte Grundlagen**

In Bezug auf das Angebot von Politikevaluationen legen die Fallstudien nahe, dass

umfassende Projekte förderlich sind für die Nutzung in den Parlamenten. Bei den Fällen zur Grund- und Basisstufe sowie zum Steuersystem für energieeffiziente Fahrzeuge, in denen relativ häufige Nutzung beobachtet wurde, lagen verschiedene Studien vor. Mit einer Beteiligung aller deutsch- und mehrsprachigen Kantone ist der Schulversuch der Grund- und Basisstufe beispiellos in der schweizerischen Bildungspolitik. Eine umfassende Evaluation war von Beginn an vorgesehen (EDK-Ost 2010). Die Wirksamkeit von Steuersystemen zur Förderung von energieeffizienten Fahrzeugen wurde durch ein universitäres Forschungsprojekt und Auftragsstudien ebenso vertieft untersucht. Diese Untersuchungen bildeten die Grundlage für Empfehlungen der Vereinigung der kantonalen Strassenverkehrsämter (asa 2007). Die Schulsozialarbeit und die VHKA wurden ebenfalls evaluiert, aber nicht im Rahmen eines grösseren Projekts. Für weitere Einflussfaktoren wie die Aktualität der Evaluationen, die Klarheit der Faktenlage sowie die wissenschaftliche Erfassbarkeit der Massnahmen sind keine systematischen Unterschiede feststellbar.

#### 4. Fazit

Der vorliegende Beitrag zeigt, dass die Schweizer Parlamentsmitglieder Politikevaluationen schätzen und sie teilweise nutzen, indem sie sich vertieft mit ihnen auseinandersetzen oder sie als politisches und taktisches Mittel einsetzen. Gemäss der Untersuchung von Gesetzgebungsprozessen in den Kantonen Bern und Zürich beeinflussen der Konfliktgrad einer Massnahme und das Verhalten der Verwaltung massgeblich, wie häufig Parlamentsmitglieder Politikevaluationen verwenden. Je umstrittener die behandelte Massnahme, desto häufiger verwiesen Parlamentsmitglieder auf Politikevaluationen, kritisierten oder forderten sie. Indem die Verwaltung Politikevaluationen in der Botschaft des

Regierungsrates oder während Kommissionsberatungen erwähnte, bildete sie ein Nutzungsvorbild für die Parlamentsmitglieder. Gleichzeitig kann die Exekutive den Blickwinkel, unter dem eine Massnahme betrachtet wird, prägen. Die Analyse der Online-Befragung in Kantonsparlamenten und der Bundesversammlung zeigt, dass Parlamentsmitglieder Politikevaluationen häufiger verwenden, je mehr Zeit sie in ihr Amt investieren. Mit zunehmender Erfahrung stützen sich die Parlamentsmitglieder hingegen seltener auf Politikevaluationen. Bei der Messung und Untersuchung der Nutzung ist es aber generell schwierig, zwischen verschiedenen Zwecken der Nutzung zu unterscheiden. Auch stellt sich die Frage, inwiefern festgestellt werden kann, dass sich Parlamentsmitglieder vertieft mit Politikevaluationen auseinandergesetzt haben.

Sind die Schweizer Parlamente nun moderne, wirkungsorientierte Gesetzgeber? Es lässt sich eindeutig feststellen, dass sich die Nutzung von Politikevaluationen auf wenige Kommissionsmitglieder beschränkt und nicht systematisch ist. Auch dürften die Gesetzgebungsprozesse mit beobachteter, reger Verwendung von Politikevaluationen über günstige Bedingungen verfügen. Etwa war die Evaluation der Grund- und Basisstufe einzigartig in der schweizerischen Bildungspolitik und die ersten Schuljahre generell heiss diskutierte Themen. Gleichwohl lässt sich auch festhalten, dass Parlamente über eine hohe Arbeitsteilung verfügen und die wesentlichen Akteure und Akteurinnen teilweise Politikevaluationen nutzen. Der Anspruch eines systematischen Einbezugs von Politikevaluationen scheint überhöht. Parlamentsmitglieder orientieren sich als demokratisch gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter auch an anderen Gesichtspunkten, ebenso üben sie ihr Amt im Milizsystem aus. Da Politikevaluationen in den Kommissions- und Ratsdebatten erwähnt wurden, hatten sie zudem durch-



aus einen Stellenwert für die politische Diskussion. Einen Einfluss auf den Politikinhalt können Politikevaluationen auch haben, ohne im Parlament ausführlich diskutiert zu werden. Dies zeigt das Beispiel der Schulsozialarbeit, deren Akzeptanz und Verbreitung in den einzelnen Gemeinden gemäss Fachpersonen auf Evaluationen von Pilotphasen zurückzuführen ist.

Sollten Politikevaluationen stärker in das parlamentarische Handeln einfließen, legen die vorliegenden Ergebnisse einen stärkeren Einbezug in die Kommissionsarbeit nahe. Eine Möglichkeit wäre der Ausbau der Unterstützungsleistungen durch die Kommissionsekretariate. Eine andere Möglichkeit wäre auch, dass Fachpersonen aktiver Kontakt aufnehmen mit den in der Praxis verankerten Schweizer Parlamentsmitgliedern. Wären Fachpersonen präsent in der Kommissionsarbeit, müsste man angesichts der vorliegenden Ergebnisse und dem fein austarierten Schweizer System dennoch keine Technokratisierung der Parlamente befürchten.

## Literatur

- asa (2007). *Rabattmodell für die kantonale Motorfahrzeugsteuer zur Förderung energie- und umwelteffizienter Personenwagen. Empfehlung der Vereinigung der Strassenverkehrsämter der Schweiz (asa)*.
- Bättig, C. und P. Schwab (2015). La place de l'évaluation dans le cadre du contrôle parlementaire, in Horber-Papazian, K. (Hrsg.), *Regards croisés sur l'évaluation en Suisse*. Lausanne: Presses Polytechniques et Universitaires Romandes, 1–23.
- Bundi, P., Eberli, D. und S. Bütikofer (2017). Between Occupation and Politics. Legislative Professionalization in the Swiss Cantons. *Swiss Political Science Review* 23 (1): 1–20.
- Bütikofer, S. (2014). *Das Schweizer Parlament: eine Institution auf dem Pfad der Moderne*. Baden-Baden: Nomos.
- Eberli, D. (2019). *Die Nutzung von Evaluationen in den Schweizer Parlamenten*. Zürich: Seismo Verlag AG. Open access online: <https://doi.org/10.33058/seismo.30726>
- Eberli, D. und P. Bundi (2017). Parlament und Evaluation: Guts Meets Brain, in Sager, F., Widmer, T. und A. Balthasar (Hrsg.), *Evaluation im politischen System der Schweiz. Entwicklung, Bedeutung und Wechselwirkung*. Zürich: NZZ Libro, 155–187.
- EDK-Ost (2010). *Projektschlussbericht 2010: Erziehung und Bildung in Kindergarten und Unterstufe im Rahmen der EDK-Ost und Partnerkantone (Projekt EDK-Ost 4bis8)*. Bern: Schulverlag plus.
- Feh Widmer, A. (2015). *Parlamentarische Mitgliederfluktuation auf subnationaler Ebene in der Schweiz*. Baden-Baden: Nomos.
- Kerr, H. (1981). *Parlement et société en Suisse*. Saint-Saphorin: Georgi.
- Scharpf, F. W. (2000). *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Sciarini, P., Varone, F., Ferro-Luzzi, G., Cappelletti, F., Garibian, V. und I. Müller (2017). *Étude sur le revenu et les charges des parlementaires fédéraux*. Genf.
- Widmer, T. (2009). The contribution of evidence-based policy to the output-oriented legitimacy of the state. *Evidence & Policy: A Journal of Research, Debate and Practice* 5 (4): 351–372.
- Widmer, T. und T. De Rocchi (2012). *Kompaktwissen Evaluation: Grundlagen, Ansätze und Anwendungen*. Zürich, Chur: Rüegger.
- Wirths, D., Rosser, C., Horber-Papazian, K. und L. Mader (2017). Über die gesetzliche Verankerung von Evaluation: die Verteilung von Evaluationsklauseln und deren Auswirkungen auf kantonaler Ebene, in Sager, F., Widmer, T. und A. Balthasar (Hrsg.), *Evaluation im politischen System der Schweiz. Entwicklung, Bedeutung und Wechselwirkung*. Zürich: NZZ Libro, 155–187.